

# Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5.50 zl, in den Ausgabenstellern 5.25 zl, Postbezug (Posen u. Danzig) 5.36 zl, Ausland 3 Rm einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0.25 zl, mit illustr. Beilage 0.40 zl  
Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespalten Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespalten Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. 3 o. o. Poznan, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts“, Poznan, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznan. — Postcheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

In jedes deutsche Büro gehört der  
**KOSMOS**  
**TERMINAKALENDER**  
**1930**  
Preis zl 4,80  
in jeder Buchhandlung oder bei KOSMOS, Zwierzyniecka 6, Telefon 6823

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“

„Die Welt der Frau“

Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“

69. Jahrgang

Freitag, den 10. Januar 1930

Nr. 7

## Tardieu droht.

Erster Konsult im Haag. — Zusammenkunst Tardieu-Briand-Curtius abgesagt. — Der Widerstand.

Die Konferenz der einladenden Mächte hat, wie wir bereits gestern kurz gemeldet haben, eine Art erster Besuch der strittigen Fragen beendet und eine Pause eingelegt, um Donnerstag, die zweite Sitzung einzulegen, um Donnerstag, die zweite Sitzung vorzunehmen. Der Grund dieser Verschiebung liegt darin, daß es unmöglich war, in den wichtigsten Punkten, einer Einigung zu erzielen. Die deutsche Delegation hat sich vorbehalten, das Reichskabinett in Berlin, insbesondere hinsichtlich der angesunkenen Verbleitung der Revisionstausch, zu befragen.

In der Sitzung ist es zwischen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, der den deutschen Standpunkt energisch verteidigte, und Ministerpräsident Tardieu zu einem Zwischenfall gekommen. Herr Tardieu beanstandete die Schärfe der Polemik Dr. Moldenhauers, worauf der Reichsausßenminister Dr. Curtius eingriff und für Dr. Moldenhauer eintrat. Es sei unmöglich, Deutschland noch weiter Dinge zuzumuten, die außerhalb des Rahmens des Young-Plans liegen. Gegenüber der von der ersten Haager Konferenz übernommenen zynischen Terminologie der „Differenzen“ müsse die Grenze des deutschen Entgegenkommens für die jetzigen Verhandlungen sichtbar werden.

Man sieht, daß eine gewisse Spannung entstanden ist. Das ist nur mehr als natürlich. In der Tat handelt es sich darum, daß uns zu all den zusätzlichen Leistungen, die die Regierung seit der Pariser Konferenz bereits auf sich genommen hat, nun auch noch die praktische Preisgabe der ja bereits geradezu lärmenden Revisionstausch des Young-Plans angesonnen wird. Man erinnert sich, daß Dr. Böögler seinerzeit die Mitgliedschaft im Pariser Sachverständigenausschuß niedergeliegt, hauptsächlich weil ihm die schließlich in den Young-Plan aufgenommene Revisionsbestimmung ungenügend zu sein schien. Und jetzt soll auch dieses völlig ungerechte Kompromiß noch verschlechtert bzw. ganz beseitigt werden.

Die deutsche Delegation erklärt mit aller Energie, daß sie hier nicht nachgeben will, und wird für die Donnerstagsitzung im Einvernehmen mit dem Reichskabinett ihre Stellungnahme nochmals präzisieren.

Zu diesem Fragenkreis gehört, um zu wiederholen, das Problem der Bezugsnorm des Sonderausschusses bei der Internationalen Bank, die Form seines Zusammitts, das Verfahren bei einem eventuellen Auffall des Transfers, ja der Wunsch, diesem Sonderausschuss oder einem anderen Organ über die rein finanzielle Kompetenz als Einzahlungsstelle für die Tribute hinaus kontrollierende, überwachende und ausführende Rechte zuzuerteilen, die nicht viel anderes bedeuten, als ein Weiterbestehen der heutigen internationalen Kontrolle über Deutschland. Anders ausgedrückt: Die Gegner wollen die Motive, die im Sinne des Young-Plans die deutsche Regierung berechtigen, einen Transferausschub zu erklären, zur juristischen Voraussetzung dieser Erklärung machen. Kein Wort davon steht im Young-Plan. Dort heißt es ausdrücklich nur, daß die deutsche Regierung eine ernsthafte Gefährdung der Währung und des Wirtschaftslebens Deutschlands im guten Glauben für gegeben halten muß; nicht mehr und nicht weniger.

Hier erhebt sich natürlich die Frage, was bei etwaiger Wiederaufnahme der Zahlungen nach Ablauf eines Moratoriums zu geschehen hat. Soll in vollem Umfang nachgeahmt werden und in welcher Weise? Die Gläubiger wünschen die Nachzahlungen auf einen Zeitraum von etwa zwei Jahren in Monatsraten zu verteilen, so daß also in dieser Zeit der aufschiebbare Teil der Annuität verdoppelt würde. Es liegt auf der Hand, daß jede deutsche Regierung den Transferausschub nur im äußersten Notfall erklären wird, weil ja eine solche Erklärung sehr nahe an einen Staatsbankrott streifen würde. Nach Ablauf des Moratoriums dann für zwei Jahre die doppelte Zahlung zu fordern, ist reine Vächerlichkeit.

Abgelehnt wurde weiterhin die Forderung der früheren Entente, die heutigen negativen Pfändungen zu „affirieren“. Hinsichtlich der Zölle und Steuern hat die Entente nachgegeben. Aber man trat dann mit dem Verlangen hervor, daß die Zahlungen, die die Reichsbahn zu bewilligen hat, in irgendeiner Form bestehen bleiben sollen. Auch das wurde von der deutschen Delegation abgelehnt und auf einer Überweisung an den Juristausschuss widersprochen.

### Die Ursache des Konflikts.

Tardieu veröffentlicht die geheimen Befreiungen.

Paris, 8. Januar.

„Havas“ teilt mit, Tardieu habe auf den deutschen Vorschlag, die Juristen kommen zu lassen, geantwortet: „Lassen Sie kommen, wenn Sie wollen. Wir werden — ich wiederhole es nicht — nachgeben.“

Den Verlauf der zweiten Intervention Tardieus schildert „Havas“ folgendermaßen: Tardieu erklärte: „Wir haben alles Vertrauen in die von den anwesenden deutschen Ministern feierlich übernommenen Verpflichtungen. Aber Sie sind dazu gezwungen, daran zu denken, daß diese nicht ewig leben werden.“

Andererseits können wir nicht vergessen, daß im deutschen Volke über den Young-Plan keine völlige Übereinstimmung herrscht, wie dies geistige Ereignisse erst jüngst bewiesen haben. Wir befinden uns so in einer heißen Lage. Sie verlangen, Herr Moldenhauer, daß wir Ihnen und Ihren Herren Kollegen Vertrauen schenken. Aber Sie machen auf uns nicht den Eindruck, Vertrauen in sich selbst zu haben. Gestern morgen, als wir von Ihnen verlangten, in den ersten Artikel des gegenwärtig diskutierten Uebereinkommens den Ausdruck „unser Willen für eine endgültige Regelung“ einzuführen, trafen wir auf lebhafsten Widerstand Ihrerseits. Heute morgen führten wir um die Zahlungen nach einem Moratorium Streit, so daß die Frage noch nicht geregelt ist, und heute abend tauchen neue Schwierigkeiten über die negativen „Pfändungen“ auf. Es genügt, daß wir von Ihnen genau Festlegungen verlangen. Daß Sie sie ablehnen, das ist sehr unangenehm und erzeugt bei uns Beunruhigung, über Ihre Kapazität zu verhandeln. Ihre Haltung ist eine derartige, daß wir nicht sicher sind, ob das, was hier aufzufordern wird, anderorts angenommen wird. Das kann die ganze Grundlage unserer Arbeiten ändern.“

Dr. Curtius, heißt es dann weiter, erwiderte: „Das, was wir vermeiden wollen, ist, daß man zu den Deutschland aufgebürdeten schwernen Lasten nicht noch neue hinzufügt. Der neue Wortlaut macht diesen Eindruck.“ „Nun, dann schicken Sie ihn an die Juristen zurück, damit sie ihn retuschieren,“ warf Snowden ein, dessen Vorschlag, von Jasper unterstützt, angenommen wurde.

Mit siegesgewisser Zuversicht bespricht die Pariser Presse die im Haag geführten Kämpfe um den endgültigen Charakter des Young-Planes und um die finanziellen „Pfändungen“. Die Fassung des Juristentomites, schreibt Pertinax im „Echo de Paris“, übertrage in der Tat dem Beratenden Komitee der Internationalen Bank die Vollmacht, die Einziehung der deutschen Zahlungen zu vertagen. Zwar könne das Komitee nur Rat schläge erteilen, aber man wisse seit langem, daß man sich solchen Ratsschlägen von Amerikanern und Neutralen schlecht entziehen könne. Dr. Schacht habe lange um Vollmachten des Beratenden Komitees gekämpft, dem er die Beugnis zur Revision des Young-Plans habe zu schreiben wollen.

### Abgesagte Zusammenkunst.

Gestern 5 Uhr nachmittag sollten Tardieu und Briand zu einem Besuch der deutschen Delegation im Hotel Central eintreffen, bei welcher Gelegenheit die Gesamtfrage der Konferenz und auch die Sanctions-Frage besprochen werden sollten. Der Reichsminister des Auswärtigen hat mit Rückicht auf den durch das ominöse Havas-Communiqué veranlaßten Zwischenfall diese Zusammenkunst soeben abgesagt. Man sieht aus diesem aufsehenerregenden Schritt, wie außerordentlich wichtig auf deutscher Seite der diplomatische Aufbruch genommen wird, der in der Veröffentlichung der Erklärung Tardieus liegt. Es steht inzwischen fest, daß es sich um nichts anderes handelt als um die in der gestrigen Zusammenkunst der sechs

Männer gehaltene Rede des französischen Ministerpräsidenten, die allerdings in zwei wesentlichen Punkten nach Angabe der deutschen Teilnehmer an der Sitzung unrichtig wiedergegeben sein soll. Die genaue Prüfung des Communiqués ergibt, daß Tardieu sich gegen eine Haltung der deutschen Vertretung wendet, die nichts anderes bezweckt, als eine weitere Verschärfung des Young-Plans zu verhindern. Man gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Delegation bei dieser Haltung auch während des ganzen Verlaufs der Konferenz bleibt.

Die offiziöse Mitteilung, die dahin lautet, man behalte sich, wenn kein Dementi erfolgt, vor, die nötigen Folgerungen zu ziehen, mutet allerdings außerordentlich wenig glücklich an. Schließlich hat doch in der Sitzung selbst, die geheim war, Tardieu, wenn nicht im Wortlaut, so doch dem Sinne nach, die inframinerten Äußerungen eben getan, und diese Äußerungen sind durch die Veröffentlichung nur noch unterstrichen worden, allerdings in wenig freundlicher Form. Es geht auch nicht an, sich mit der Erklärung zufrieden zu geben, Tardieu habe die Havas-Mitteilung vorher nicht gekannt und nicht gebilligt, denn er persönlich hat sie in Anwesenheit von einem Dutzend französischer Journalisten diffiniert und kann sich daher nicht wundern, wenn sie veröffentlicht wird.

### Die geballte Faust. Einschüchterungsversuche der Franzosen.

Die Erklärung, die der französische Ministerpräsident Tardieu durch Havas verbreiten ließ, in ihrer außergewöhnlichen Schärfe ein Spiegelbild der ersten Situation, die im Haag besteht. Sie hat alarmierend gewirkt. Es ist eine heftige Drohung, die keineswegs geeignet sein dürfte, die Selbstsicherheit der deutschen Delegation zu erhöhen, von deren Mangel der französische Ministerpräsident spricht. Der Höhepunkt der Erklärung liegt in dem Schlußatz, daß Frankreich sich eventuell genötigt sehen würde, von der bestehenden Verhandlungsgrundlage abzugehen. Das erscheint als ein schwerer Schlag

gegen die Konferenz, von dem man noch nicht weiß, wie er pariert werden oder welche anderen Folgen er haben wird. Die gestrige französische Pressebesprechung, nach deren Abschluß diese Havaserklärung ausgegeben wurde, war auch sonst von Aggressivität gegenüber der deutschen Delegation erfüllt. Insbesondere Tardieu brachte wiederholt zum Ausdruck, daß er den Deutschen die Frage gestellt habe, für wen sie eigentlich sprechen. Von Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sagte er wörtlich: „il a bien défendu son bœufsteak“, er habe „sein Beefsteak“ ganz gut verteidigt. Aber man weiß nicht, welche Autorität diese Regierung habe.

Herr Tardieu hat im übrigen, als er von der durch sein Communiqué in der deutschen Delegation hervorgerufenen Bestürzung erfuhr, sich bereit erklärt, eine Abstimmung der Mitglieder seiner Delegation herauszugeben, falls die deutsche Seite das wünsche. Es habe ihm ferngelegen, die deutschen Delegierten persönlich oder politisch zu verleihen. Die Sache selber wird dadurch kaum besser gemacht.

Auf keinen Fall dürfte das brüste Pronunciamiento Tardieus die deutsche Regierung verlassen, etwa nun in den Kernfragen nachzugeben. Sie würde ihre Situation im Inlande dadurch endgültig kompromittieren. Die einzige mögliche Antwort der Delegation ist die Verschärfung des Willens, innerhalb des Rahmens des Young-Plans zu bleiben und sich auf keine neuen Transaktionen in der Revision- und Kontrollfrage einzulassen.

Die deutsche Delegation ist seit 10 Uhr in einer Sitzung versammelt und hat unter Hinziehung von Geheimerat Kastl und Staatssekretär Schaeffer die Konferenzlage beraten. In dieser Sitzung platze das Havas-Communiqué hinein.

Heute morgen ist im übrigen der deutschen Delegation von französischer Seite eine Mitteilung über den Vorschlag Tardieus zur Sanctionsfrage gemacht worden. Der französische Ministerpräsident will diesen Vorschlag, ehe er formal überreicht wird, mit England, Italien und auch mit Deutschland zur Aussprache stellen. Heute hat er darüber wiederum mit Snowden verhandelt.

### Beruhigungsversuche.

Paris, 9. Januar. (R.) Pertinax berichtet, daß der der deutschen Abordnung am gestrigen Mittwoch überreichte Notenentwurf in der Sanctionsfrage nach einer Unterredung Tardieu mit Snowden ausgearbeitet worden sei. Über diesen Entwurf werde am heutigen Donnerstag eine Aussprache zwischen Deutschen und Franzosen stattfinden. Man habe sich gehütet, in diesem zweiten Vorschlag zur Sanctionsfrage das Wort „Sanction“ anzuwenden, um den Schuldner nicht abzuscheiden. Zur Feststellung von Verschärfungen nach Ablauf eines zweijährigen Moratoriums könne nur das internationale Gericht in Frage kommen, da das Protokoll im vorgelesenen Reparationssondergericht nur für Ausführungsstreitigkeiten zuständig sei. Nach einer ordnungsmäßigen festgestellten Verfehlung sei es von Bedeutung, die folgenden Etappen festzulegen: Kündigung des Young-Plans, Rückkehr zum Versailler Vertrag, Beratung der Gläubigerregierungen. Wenn die Deutschen es vorziehen sollten, diesem Vorschlag nicht zugestimmen, so werde man eine Unterschrift von ihnen verlangen. Eine Erklärung der Gläubigerländer, sich die Rechte aus dem Versailler Vertrag vorzuhalten, falls der Young-Plan nicht erfüllt werde, würde dann nach Ansicht Pertinax in dieser Angelegenheit genügen. Snowden habe diesen Plan, wie man versichere, in großen Zügen angenommen.

Paris, 9. Januar. (R.) Im „Matin“ gibt Sauerwein folgende Darstellung über den Havas-Zwischenfall: Ministerpräsident Tardieu habe in einer vertraulichen Ansprache an die französische Presse einen Überblick über die Reden gegeben, die am Dienstag gehalten worden seien. Dabei habe er auch eine Zusammensetzung der Worte, die er selbst an die Deutschen gerichtet habe, gegeben, wobei er vor den französischen Pressevertretern seine eigenen Ansichten eingesetzt habe. In den Darstellungen der Agenturen habe das die Form einer feierlichen Erklärung angenommen, die die persönlichen Qualitäten der Minister Curtius und Moldenhauer in Meisterschaft gesetzt habe. Ein Teil der deutschen Presse habe sich sofort der Telegramme aus Paris bemächtigt. Um die Mittagszeit seien bereits alle großen deutschen Städte durch eine Nachrichtenagentur alarmiert worden, und Curtius hätte nicht mehr mit Tardieu zusammenkommen können, ohne daß ihm halb Deutschland den Vorwurf des Verrates und der Kapitulation gemacht haben würde. Im Laufe des Mittwoch nachmittag habe man sich dann nach langen

Unterhaltungen mit den Vertretern der Wilhelmstraße Rechenschaft darüber abgelegt, daß es leicht sei, den Zwischenfall auf das richtige Maß zurückzuführen, und daß Tardieu sicherlich nicht die Absicht gehabt habe, die deutsche Abordnung zu beleidigen, zumal Dr. Curtius ihm geantwortet habe, ohne sich durch die vorhergehenden Worte Tardieus beleidigt zu fühlen. Es habe sich also lediglich darum gehandelt, den Eindruck zu zerstören, der durch falsch ausgelegte Agenturtelegramme in den deutschen Oppositionskreisen hervorgerufen worden sei. Die Richtigstellung sei dann durch eine bereits veröffentlichte Havasnote erfolgt.

### Keine Verständigung.

Paris, 9. Januar. (R.) Der im Haag weilende Außenpolitiker des „Echo de Paris“ berichtet, Geheimerat Dr. Kastl habe sich mit seinen französischen, englischen, italienischen und belgischen Kollegen vom Pariser Sachverständigenausschuß, dem er doch selbst angehört, nicht über das von diesem Ausschuß für die Leistung der deutschen Zahlungen gewählte Monatsdatum verständigen können. Auch hinsichtlich des Moratoriums und der Fälligkeit der rückständigen Zahlungen sei ein Fortschritt nicht erzielt worden. Von französischer Seite habe man eine den Artikel 148 des Young-Plans, Anhang 4 erläuternde Bestimmung vorbereitet, um zu verhindern, daß eine seit zwei Jahren rückständige Zahlung weiter auslaufen könne. Diese sei von größter Bedeutung, obwohl gewisse Kreise zu einer Vergleichslösung in dem Sinne rieten, daß man den im Young-Plan vorgesehenen internationales Sonderausschuß eine gewisse Freiheit bei der Prüfung der Lage in Deutschland im Falle eines Moratoriums lassen müsse. Auf diese Weise würde man aber sehr bald mitten in der Revision des gegenwärtigen Zahlungsplanes stehen.

### Foch und Polen.

Warschau, 8. Januar. (A.W.) Wie wir erfahren, wird General Siforski in einem Abschnitt seines Buches „Polen und Frankreich im Schicksal der Geschichte“ das Verhältnis des Marschalls Foch zu Polen und seinen hervorragenden Staatsmännern beprechen. Dieser Abschnitt trägt den Titel „Foch und Polen“.



## Eröffnungssitzung des neuen Stadtparlaments.

Recht feierlich wurde gestern in Baum- und Blumenschmied die Eröffnung des neuen Stadtparlaments, das sein Antlitz völlig verändert hat, vollzogen. Die gehobene Stimmung erfuhr leider eine unliebsame Störung durch einen unerwarteten Zwischenfall, den der kommunistische Stadtverordnete Brygier verursachte.

Wer mit „militärischer“ Pünktlichkeit, nachdem er die verstärkte Einlaßkontrolle passiert hatte, das Vorzimmer betrat, schaute zunächst in eine gähnende Leere. Doch allmählich begann sich das Haus zu füllen, und jeder nahm den ihm angewiesenen Platz ein, den er an dem „Klassen-Spiegel“ ablesen konnte. Da vorläufig die alphabetiche Platzordnung verbindlich war, fanden die grotesten Paarungen statt. So saß z. B. der Sozialist Kowalewski neben dem Nationaldemokraten Kalamajski oder der Nationaldemokrat Budzynski neben dem Kommunisten Brygier. Nicht anwesend waren nur die Stadtv. Chwialkowski und Dr. Piąkowski. Vorwiegend sah man neue Gesichter; von den früheren Stadtwätern fehlten u. a. Herr Leitgeber, der besonders in Straßennamenänderungsangelegenheiten das Wort ergriffen hatte, der rührige Stadtv. Costa von der Christl. Demokratie, Herr Ballenstedt, der in Baufragen ein hervorragender Sachverständiger war, der Sozialist Turton, ein Demosthenes der Versammlung, und der etwas rechts gerichtete Invalidenvertreter Stachocki. Nach Ständen und Berufen geordnet, sind die Kaufleute und Industriellen in der neuen Stadtparlamenterversammlung am meisten vertreten, und zwar mit 10 Stadtverordneten. Dann folgen die Ingenieure und Arbeiter mit je 5 Vertretern, Ärzte (4), Journalisten (3), ferner je 3 Baumeister, Staatsbeamte, Verbandssekretäre, Pädagogen und Geistliche (darunter auch der Superintendent Rhode), je 2 Rechtsanwälte, Tischlermeister usw.

Die bisher stärkste Partei, die Nationaldemokratie, konnte bei den letzten Oktoberwahlen ihren Besitzstand noch um etwa die Hälfte vermehren, während die übrigen Parteien einer geböhrigen Wsplitterung anheimgefallen waren, ganz besonders der linke Flügel der Nationalen Arbeiterpartei (von 11 auf 2) und die Sozialisten, von 8 auf 2. Als neues Element, bei sicherlich mehr zerstreuenden als aufbauenden Tendenzen, wurden die Kommunisten mit gemischten Gefühlen „begrüßt“. Aufbauend mitwirkende Kräfte hat die Versammlung in den beiden deutschen Vertretern (Superintendent Rhode und Dr. Zöller) gewonnen.

Stadtpräsident Ratajski eröffnete, angetan mit der goldenen Oberbürgermeisterkette, die Festigung mit einer

### Ansprache,

in der er u. a. folgendes ausführte:

„Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Stadtparlamenterversammlung zum weiteren Aufblühen der Stadt beitragen wird. Die bisherigen 25 Stadtverordneten werden mit ihrer Erfahrung dienen, die neuen mit der Frische der Anfangsungen, alle aber werden sich dessen bewußt sein, daß sie hier wieder die Interessen einzelner Volkschichten, noch politische Programme vertreten, sondern die Pflicht haben, nur für das Wohl des Ganzen zu sorgen. Die von den Fremdherrschern verachteten polnischen Städte (welche Städte meint der Herr Präsident: in Galizien, Kongresspolen oder Westpolen?) haben besonders große zivilisatorische Rücksände aufzuweisen, den daraus erwachsenden Pflichten aber ist bei dem empfindlichen Kapitalmangel sehr schwer nachzukommen. Bei der Beurteilung der Entwicklung unserer Stadt,

die sie in den letzten 10 Jahren durchgemacht hat, können wir nicht nur den Maßstab der Fortschritte in polnischen Städten anlegen. Wenn wir einen Blick jenseits der Grenzfähre tun, dann müssen wir mit Furcht wahrnehmen, daß sich die Städte in anderen Ländern nach dem Kriege in einem bedeutenden lebhaften Tempo entwickele, als bei uns. Wir stellen vor allem fest, daß andere Städte und Länder die Wohnungsfrage glücklich gelöst haben, während bei uns noch nicht einmal die guten Anfänge einer Lösung dieses Kardinalproblems zu sehen sind. Wenn wir unsere Stadt mit den Stadtverwaltungen des Auslandes vergleichen, dann müssen wir zu dem Schluss gelangen, daß wir in Zukunft doppelte Energie und zähe Anspannung zu zeigen haben, um uns nicht allzu sehr von fremden Städten distanzieren zu lassen. Der Magistrat wird sich in jeder Weise bemühen, daß die Mitglieder der Stadtparlamenterversammlung über die Entwicklung der städtischen Angelegenheiten, nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Ländern, dauernd unterrichtet werden; denn nur durch Vergleich kann man sich das richtige Urteil bilden.“

Im Zusammenhang mit der rühmlich beendeten Landesausstellung hat die Posener Bürgerchaft große finanzielle Anstrengungen gemacht, aber ich meine, daß sie doch nicht ihre Steuer oder Kreditschäden übersteigen. Da oft befürchtet wird, daß sich die Stadt besonders infolge der Ausstellungsinvestitionen zu sehr verschuldet habe, will ich in diesem wichtigen Augenblick feststellen, daß der Stand der Verhüllung der Stadt am 31. Dezember 1929 in Gestalt verschiedener Kredite 63 Millionen Zloty betrug, mit den übernommenen Garantien 70 Millionen, während das Vermögen auf 265 Millionen geschätzt wird. An Zinsen und Tilgungsraten sind 6 200 000 Zloty erforderlich (Etwa 25 Prozent des gesamten ordentlichen Budgets!). Das wird uns nicht so sehr beunruhigen, wenn wir uns vergegenwärtigen,

dass die Schulden unserer Stadt am 31. März 1918, bei einer um die Hälfte kleineren Fläche und Bevölkerungsziffer, 84½ Millionen Mark betrugen, die 4 200 000 Mark zur Tilgung und Zinsenzahlung erforderten; daß ferner die Zinsen und die Abtragung der Schulden bei der heutigen Sachlage die Steuerkraft der Bürgerschaft nicht antastet, weil die Vermögensrente die nötigen Summen sogar mit einem Überschuss von 1 200 000 Zloty deckt.

Eine dunklere Stelle am Firmament der städtischen Angelegenheiten, als der Stand der Verhüllung, ist die sozial beunruhigende

### Junahme der Arbeitslosigkeit,

die teils auf die Winterzeit zurückgeführt werden kann, aber hauptsächlich durch die schwere finanzielle Lage des ganzen Landes hervorgerufen ist. Die Zahl der Arbeitslosen der Stadt Posen betrug am 7. Januar 1927, eine Ziffer, die seit Jahren nicht notiert worden ist. Es gibt keine Rechtsmittel, diesen Überschuß an arbeitslosen Bevölkerung über die Grenzen unserer Stadt zu bringen. Die polnischen Städte haben die ständige Pflicht, den jährlichen Bevölkerungszuwachs in Höhe von einer halben Million aufzunehmen und für ehrliche Beschäftigung und ein Dach über dem Kopfe zu sorgen. Die städtischen Körperschaften werden ernsthaft erwägen müssen, wie die Massen der Arbeitslosen beschäftigt werden können, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Tatsache, daß die schwierige Lage des Landes kostspielige Investitionen nicht gestattet. Dafür haben wir ein nützliches Tätigkeitsfeld in Form von Erdarbeiten beim Anlegen von Wasserleitungen, Schleifung von Festungswällen, beim Bau des Viehmarktes und des Stadtfriedhofs, sowie der Nivellierung der Eichwaldwiesen.

Die ernste Krise der Landeswirtschaft zwang uns zu weitestgehender Sparsamkeit in den Verwaltungsausgaben und zu Streichungen im Plan der Investitionen, selbst der dringlichsten und nützlichsten. So sieht denn auch der Haushalt voranschlag für das Jahr 1930/31 keine Neubauten vor, abgesehen von den notwendigen Ausführung früherer Beschlüsse über den Bau von Arbeitserwöhungen, einer Volksschule und den Beginn des neuen Stadtkrankenhauses. Alle anderen Aufgaben haben müssen zurückgestellt werden bis zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen.

Die Atempause in den städtischen Arbeiten müssen wir dazu verwenden, auf weite Sicht berechnete Baupläne vorzubereiten. Der Aufgaben sind viel. Ich weiß nicht, ob sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande so schnell bessern werden, daß sie uns gestatten, alle unsern Pläne in den neuen vierjährigen Kadenz der Stadtparlamentversammlung auszuführen. Aber eins kann ich versprechen: Der Magistrat will auch unter den schlimmsten Bedingungen fleißig und gewissenhaft an der Entwicklung der uns allen teuren Stadt arbeiten. Dabei rechnet er auf die dauernde und fruchtbare Mitarbeit der Versammlung, indem er sich loyal auch der eingehenden Kontrolle unterwirft.“

Es folgte nun die

### Verpflichtung der Stadtverordneten

durch Handschlag und die Berufung des Stadtv. Dr. Stark zum Versammlungsleiter für die Durchführung der Wahl des neuen Vorsitzenden

### Die Vorstandswahlen.

Mit 36 Stimmen wurde Senator Hedinger wiedergewählt. 17 Zettel waren unbeschrieben, 2 Stimmen fielen auf den Kommunisten Chwialkowski, eine Stimme auf Dr. Stark. Auch die übrigen Vorstandsämter wurden mit Vertretern der Nationaldemokraten belegt, die also, als „Selbstparlament“ auf der „ganzen Linie“ siegten, nachdem sie vor der Wahl des Beisitzers in ihrem „unaufhaltsamen“ Vordringen auch den übrigen Parteien großmütig Gelegenheit gegeben hatten, bei diesem von vornherein entschiedenen Mandatsfeldzug ein Wörtchen mitzureden. Aber man könnte den Machthabern auch den fünften Platz im neuen Präsidium, das sich nun aus den Stadtverordneten Hedinger (Vorsitzender), Wniewalski (stellv. Vorsitzender), Kalamajski (Schriftführer), Libera (stellv. Schriftführer) und Zugehoer (Beisitzer) zusammensetzt.

Kaum war jedoch der große Sieg errungen, als sich ganz unerwartet der Kommunist Brygier erhob und ganz ungeniert eine Erklärung vom Stapel ließ, obwohl Senator Hedinger ihm das Wort nicht erteilen konnte. Das war die Bühnenfalte der Kommunisten! Es entstand eine höchst peinliche Lage, als sein Nachbar ihm das Blatt entzog, der Versammlungsleiter eine Entfernung aus dem Saale androhte und der diensttuende Magistratsbeamte schon „an Mann“ war. Da trat der Stadtv. Kowalewski von der P. P. S. vor und erklärte, daß die Geschäftsausordnung eine solche Maßnahme nicht vorsehe. Es gelang schließlich den vereinten Kräften, den Stadtverordneten Brygier zum Schweigen zu bringen. Sein Kollege Chwialkowski war auf der Rathausstreppe festgenommen worden, weil er die Unruhen vor dem Arbeitsvermittlungsmamt hervorgerufen haben soll.

Nach der Wiederwahl des langjährigen Protokollführers Tyrawski wurde auf Vorschlag des Stadtv. Kowalewski eine kleine Pause angeordnet, um über die

### Wahl der Ausschüsse

entscheidend zu beraten. In den Wahlauschüssen, angeblich auf Grund des des Hondt-Systems, wie von der Nationaldemokratie in einem „Anflug von Objektivität“ verkündet wurde, 10 Vertreter der Nationaldemokratie, 2 Vertreter des Bloks der Christl. Demokratie mit dem rechten Flügel der Nat. Arbeiterpartei und 1 Vertreter der Sanierung.

In den Finanz-Haushaltsausschuss wählte man 21 Vertreter der Nationaldemokratie, 4 Vertreter des Tylczynski-Bloks, 2 Vertreter der Sanierung, 2 Vertreter der Handelspartei, einen Vertreter des linken Flügels der Nat. Arbeiterpartei und einen Vertreter der P. P. S. Der Rechtsausschuss wurde in folgender Zusammensetzung konstituiert: Prof. Paczkowski,

Prof. Taylor, Dr. Krzyzankiewicz, Goebel und Dr. Piąkowski als alleiniger Vertreter des Tylczynski-Bloks.

Die Ausschuswahl nahmen einen ruhigen Verlauf.

Daraus ergriff Stadtrat Kultys das Wort, um den

### Haushaltvoranschlag für das Jahr 1930/31

einzuholen. Wenig erfreulich war die Feststellung, daß man eine kleine Erhöhung der Gebühren für Licht, Wasser und Schlachtung, die doch seit 6 Jahren nicht erhöht worden seien, für nötig gesunden hat. Die eigentlichen Steuern selbst seien insgesamt um 900 000 Zloty niedriger veranschlagt. Eingeschlossen werden soll wieder der Zuschlag zu den Akzisenpatenten mit einer veranschlagten Einnahme von 300 000 Zloty. Die Erhöhung der Hundesteuer sei nicht auf städtische, sondern auf sanitäre Rücksichten zurückzuführen. Zu den Defizitunternehmungen kommen als neue hinzu: die Raczyński-Bibliothek und das Stadtmuseum, das dieser Tage eröffnet werden soll. Einen Rückgang der Ausgaben weisen die Müllverwertungsanstalt, die Theater und die Verwaltung des Gutes Narutowice auf. Die Abtragung der Schulden ist um eine Million höher veranschlagt. Die soziale Fürsorge ist um 84 000 Zloty gekürzt.

Der Haushaltvoranschlag wurde ohne Aussprache an den Ausschuss verwiesen, der sich in mehreren Sitzungen mit ihm befassen wird. jr.

## Aus Stadt und Land.

Posen, den 9. Januar.

### Wann muß man an der Grenze Sachen zum Verzollen anmelden?

Das höchste Gericht in Warschau hat entschieden, daß der Reisende die Ware mindestens vor der Revision der Ware anmelden muß, es genüge nicht, daß er es im Laufe der Revision tue. Im letzteren Falle sei er gemäß den Vorschriften der Art. 8 und 46 des Finanzstrafgesetzes wegen Veruchs der Zollhinterziehung strafbar. Die Anmeldungsplikte folge aus Art. 14, 18, 20 und 41 des Gesetzes vom 13. 12. 1920 (Dz. Ust. Pos. 64 v. J. 1921). In dem zur Entscheidung stehenden Falle habe ein Reisender Gardinen erst im Laufe der Revision durch den Zollbeamten zur Verzollung angemeldet. (Urteil v. 23. 11. 1929 P. R. VIII 591, mitgeteilt von der „Gazeta Handlowa“ vom 7. 1. 1930.)

### Die Steuer von uneinziehbaren Beträgen.

Die Firma Karl Steinert in Łódź hatte in den Büchern eine Position von etlichen tausend Zloty als uneinziehbar geführt. Es handelt sich um einen protestierten Wechsel eines Schuldners, der in Konkurs geraten war. Die Finanzbehörde forderte jedoch von der Firma die Einkommensteuer von diesem Betrage. Die Firma appellierte an das Oberste Verwaltungsgericht. Das Urteil, das dieser Tage gefällt wurde, stellt sich auf den Standpunkt der klagenden Firma und hob die Entscheidung der Einstchätzungsbehörde der ersten Instanz auf.

Zum päpstlichen Kammerherrn ernannt worden ist der Geistliche Prof. Dr. Gieburowski, Dirigent des Posener Domchores.

Stadtpräsident Ratajski tritt am 11. d. Mts. einen viermonatigen Erholungsaufenthalt an.

In den Vorstand der Landwirtschaftskammer wurden gewählt: Wiktor Szulciewski aus Wielfie Strzelce (bisheriger Präsident der Kammer), Leon Pluciński aus Swadzim, Stefan Ponikiewski aus Drobno, Professor Dr. Schramm (vor der Universität), Jan Sobiech aus Czartkowo, Stanisław Muśiański aus Róża, Tadeusz Karłowski aus Piastki, Antoni Michałski aus Lutynia, Antoni Grajewski aus Sernik; als Vertreter: Zdzisław Droste aus Ugorowice, Józef Szczęsniewski aus Uszecze, Bogusław Lubieniecki aus Kwilczyn, Prof. Dr. Pietruszczyński (vor der Universität), Leon Moczek aus Kielczew, Maciej Kapitański aus Ręgówko, Konstanty Godzimierski aus Marcinkowo Góra, Władysław Skrypczak aus Gajowice und Jan Tabaka aus Psary Wolskie.

Der Verband für Handel und Gewerbe bittet uns mitzuteilen: Zu der am Montag, dem 13. Januar, in der Voje, ul. Grobla, stattfindenden Jahresversammlung des Verbandes für Handel und Gewerbe, Ortsgruppe Posen, sind auch die Damen und erwachsenen Familienangehörigen unserer Mitglieder herzlich eingeladen.

Maskenball. Zu dem Maskenball, den der Rudertklub „Neptun“, Posen, am Sonnabend, 11. Januar, im Zoologischen Garten veranstaltet, ist die Saaldekoration der Firma O. Dümke, Inhaber Adler, übertragen worden. Der Klub hat zwei Kapellen engagiert, und es findet eine Prämierung der drei schönsten Damenmasken und der zwei schönsten Herrenmasken statt. Der Einzug des Prinzen Karneval erfolgt um 12 Uhr, danach findet die Demaskierung statt. Eintrittskarten sind in dem Konstitüengeschäft von J. Stothei, St. Martinstraße 44—Ecke Gwarka (ir. Vittoriastraße) zu haben.

Verein Deutscher Sänger. Die vorletzte Probe zum Gaukonzert findet Freitag, pünktlich 8½ Uhr statt. Im Anschluß daran soll zur Vorbereitung des Gaukonzerts eine gemeinsame Vorstandsstellung des Vereins Deutscher Sänger und des Gemischten Chors im „Bristol“ stattfinden.

Explosion. In der Streichholzfabrik der Gebr. Stabrowski in der Venetianerstraße explodierte am Dienstag ein Behälter mit Schweiß, wodurch zwei Mädchen Brandwunden erlitten. Die Rettungsstation brachte beide in ihre Wohnungen. Die beiden Schwestern der einen Verletzten, Helena Granda, haben früher den Verbrennungswund zuheilen.



### Gegen spröde Haut

Ein neue Sorte Zigarren „Excelsiores“ zu 60 Groschen das Stück, ist zur Einführung gelangt.

Ein Auto verbrannt. Etwa 6 Kilometer von Posen verbrannte am Montag infolge Kurzschlusses das Lastauto P. Z. 10 171 des Besitzers Czeslaw Klik.

Überfall auf einen Schuhmann. Überfall wurde gestern nachmittag auf dem Alten Markt der diensttuende Schuhmann Szczerpaniak von fünf jungen Burschen, die ihn verletzen und entwaffneten, weil er einen Passanten in der ul. Miantowa (fr. Kränzelgasse) von Burschen, die ihn überfallen hatten, befreien wollte. Die Verfolgung führte zur Verhaftung der Bengel. Unter ihnen befindet sich ein Surdyk, der vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden war, nachdem er eine Strafe wegen eines ähnlichen Vergehens abgesessen hatte.

Kommunistenverhaftungen. Außer dem kommunistischen Stadtverordneten Chmialowski sind noch der 27jährige Stanisław Szymborski und der 28jährige Stanisław Blazewski wegen der Unruhen vor dem Arbeitsvermittelungsamt verhaftet worden.

Bemühtlos aufgefunden wurde im Toreingang des Hauses ul. Szamarzewskiego 24 (fr. Kaiser Wilhelmstraße) die 23jährige Expedientin Anna Trymalaska. Der Arzt stellte Vergiftungsscheinungen fest. Die weitere Untersuchung ist im Gange.

Überfahren wurde auf der Wallstraße vom Postmotorrad P. Z. 45 047 der Gemeine Makymilian Górecki. Er wurde mit Körperverletzung in ein Militärhospital geschafft.

Selbstmord? Auf dem Eisenbahndamm in Dembisen wurde am Sonnabend eine in zwei Teile geschnittene Frau gefunden. Gestopft ist, daß es sich um eine Stanisława Wójcicki handelt, die als Kindergartenkinderin Góra 75 in Stellung war. Es scheint sich um eine Liebesangelegenheit zu handeln.

Diebstähle. Diebstähle wurden: einem Romuald Körner, Aleje Marcinkowskiego 24 (fr. Wilhelmstraße), im Teatr Polski nach der Vorstellung einer Brieftasche mit 190 Zloty; einem Makymilian Nowacki, ul. Sucha 4a, 6 Jtr. Messing und ein vierträdriger Wagen; einer Marjanna Michałas aus Frankreich eine Handtasche mit zwei polnischen Päppen, zwei Fahrkarten Posen—Lille und 140 Franken (die Päppe lauteten auf die Namen Lucia Harabac und Maria Michałas); einem Antoni Lukaszak aus Jeziorki, Kreis Posen, von unbekannten Tätern, die den Beutahlene in ein Haustor in der ul. Pieńkary (fr. Bäderstr.) gelöst hatten, 1150 Zloty.

Vom Wetter. Heut, Donnerstag, früh waren bei klarer Himmel drei Grabkäste.

Sonnenaufgang und Sonnenuntergang am Freitag, 10. 1., 8.10 Uhr und 16.05 Uhr.

Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Donnerstag, früh + 0,68 Meter gegen + 0,68 Meter gestern früh.

# Handelszeitung des Posener Tageblatts

Freitag, 10. Januar 1930

## Die Bank Polski am Jahresschluß.

### Aktiva:

	31. 12. 29.	20. 12. 29.
Gold in Barren und Münzen	520 964 757.68	520 911 209.62
Gold in Barren und Münzen im Auslande	179 552 663.50	161 736 050.81
Silber nach dem Goldwert	—	2 299 889.68
Valuten, Devisen usw.:		
a) deckungsfähige	418 570 669.35	417 344 111.69
b) andere	107 577 019.49	108 226 394.06
Silber- und Scheidemünzen	153 620.09	386 034.11
Wechsel	704 220 187.75	689 465 921.81
Lombardforderungen	76 947 337.74	74 903 857.69
Effekten für eigene Rechnung	5 961 504.27	4 971 521.44
Effektenreserve	74 551 078.03	74 583 (86.03)
Schulden des Staatsschatzes	25 000 000.—	25 000 000.—
Immobilien	20 000 000.—	20 000 000.—
Andere Aktiva	164 145 629.58	149 421 107.02
	2 297 649 477.48	2 244 268 632.96

### Passiva:

	Grundkapital	Reservefonds	Sofort fällige Verpflichtungen:
	150 000 000.—	150 000 000.—	a) Girorechnung der Staatsskasse
	100 000 000.—	100 000 000.—	b) Restliche Girorechnung
			c) Konto für Silbereinkauf
			d) Staatlicher Kreditfonds
			e) Verschiedene Verpflichtungen
Notenumlauf	269 125 132.61	299 923 199.90	
Sonderkonto des Staatsschatzes	177 404 262.55	168 455 783.13	
Andere Passiva	13 000 000.—	18 000 000.—	
	2 280 15.80	87 176.45	
	6 195 496.34	13 617 505.12	
	1 340 263 240.—	1 261 423 580.—	
	75 000 000.—	75 000 000.—	
	164 531 730.18	162 761 433.84	
	2 297 649 477.48	2 244 268 632.96	

Wechseldiskont 8,5 Proz., Lombardzinssus 9,5 Proz.

ur. Der Jahresultimo brachte für die Bank Polski keine Überraschungen. Die letzte Dekade im alten Jahr stellte geringere Anforderungen an die Bank als mancher Monatultimo. Dies liegt aber weniger an den geringer gewordenen Forderungen der Wirtschaft, sondern an der Notenbank selbst, die die dringenden Wünsche von Industrie, Handel und Landwirtschaft nicht zu erfüllen imstande ist. Das viel zu kleine Deckungskapital der Bank Polski zwingt, in erster Linie Währungspolitik zu treiben und die Wirtschaft ihrem Schicksal zu überlassen.

Um dem Zloty den höheren Wert zu erhalten, wurde der Notenumlauf, der bis Oktober 1929 ständig anstieg, wieder eingeschränkt; denn das Deckungskapital nahm allmählich ab.

Kap.-Anlage  
1928 Goldbestand Deckungsf. (Wechsel-Lomb. Wechsel  
Devisen d. Effekten)

	1. 1.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.
1. 1.	517,30	687,55	538,63	456,00	
31. 3.	553,36	632,10	606,55	495,79	
30. 6.	601,27	523,65	702,56	581,50	
30. 9.	603,04	462,44	808,95	660,03	
31. 12.	621,08	527,13	801,43	640,70	

Wie aus vorstehender Zusammenstellung hervorgeht, hat der Goldbestand zwar um 79,26 Millionen im Laufe des Jahres zugenommen. Aber die deckungsfähigen Devisen weisen einen Verlust von 108,68 Millionen Zloty auf. Das bedeutet einen Gesamtverlust von 29,42 Millionen; zwar eine erstaunlich geringe Summe im Hinblick auf die seit über zwei Jahren hochpassive Außenhandelsbilanz im reinen Warenverkehr, aber immerhin ein Verlust, der es unmöglich macht, den Notenumlauf auf eine den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechende Höhe zu bringen. Dem Devisenabfluss hinzuzurechnen ist noch eine Veränderung des Kontos „nicht deckungsfähiger“ Devisen um 79,25 Millionen.

Trotz der würgenden Kreditnot sieht man sich gezwungen, den Notenumlauf einzuschränken. Im Gegensatz zu anderen europäischen und Überseeländern ist der Grund unseres Wirtschaftselends weniger in Absatzmangel (als Folge einer Überproduktion), als vielmehr im Kapitalmangel und in den unerhöht teuren Krediten zu suchen. Eine nennenswerte Kapitalbildung im Inlande wird solange unmöglich sein, als überspannte Steuer- und Sozialabgaben die Gewinne restlos verschlingen, und Auslandsanleihen in größtem Umfang scheinen nach wie vor nicht erhältlich zu sein, oder doch nur zu Zinssätzen, die keine Besserung am Geldmarkt versprechen.

Der Notenumlauf je Kopf der Bevölkerung beträgt 45 zt und wird durch Staatskassenscheine und Scheidemünzen auf 53 zt erhöht. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt, wie gering diese Summe für ein Land ist, das Anstrengungen macht, ein Industriestaat zu werden. Es beträgt zum Beispiel in Zloty umgerechnet der Notenumlauf je Kopf der Bevölkerung in

Frankreich 487 zt  
England 364 „  
Deutschland 220 „

### Märkte.

Getreide. Das statistische Büro der Warschauer Getreide- und Warenbörsen hat für 4 Getreidesorten für die Zeit vom 1. 1. bis 5. 1. nächstehende Preise für 100 kg in Zloty errechnet:

#### Inland:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Warschau	39,50	24,87%	27,75	22,25
Krakau	38,50	25,00	28,50	20,00
Posen	37,00	25,62%	28,25	20,50
Lemberg	37,12	24,12%	—	21,00

#### Ausland:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Berlin	53,43	35,68	41,34	32,44
Hamburg	47,19	—	26,64	23,12
Prag	43,86	31,42	34,33	27,46
Brünn	40,13	30,62	33,66	27,46
Wien	40,46	30,88	38,28	27,25
Liverpool	48,51	—	33,84	
New York	45,12	39,69	30,44	32,66
Chicago	42,27	36,31	26,25	28,21
Buenos Aires	42,45	—	—	21,80

Berlin. 8. Januar. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark: Weizen 245—247, Roggen 161,50—162,50, Braugerste 185—201, Futter- und Industriegerste 165—175, Hafer 140—153, Mais 175, Weizenmehl 29,50—35,25, Roggenmehl 22,50 bis 25,75, Weizenklein 10,75—11, Roggenklein 9,25 bis 9,75, Viktoriaerbse 28—38, kleine Speisereserben 23 bis 26, Futtererbsen 21—22, Peluschken 20—21, Ackerbohnen 18,50—20, Wicken 22—25, Lupinen, blaue 14 bis 15, Lupinen, gelbe 17—18, Seradella, neue 26—31, Rapskuchen 17,80—18,20, Leinküchen 23,40—23,60, Trockenschnitzel 8,20—8,40, Soja-Extraktions-Schrot 16,60—17, Kartoffelflocken 14,50—15,10, Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte. Weizen per März 264—265% (Vorlag: 262%), per Mai 276 bis 277—276% (273), Roggen per März 183%—185—184 (182%), per Mai 193—194% (193), Hafer per März 158%—159 (158%), per Mai 166.

Produktionsbericht. Berlin, 9. Januar. Der hiesige Getreidemarkt befindet sich bereits seit geraumer Zeit in nur geringer Abhängigkeit vom Weltmarkt, die Preisgestaltung wird vielmehr in der Hauptsache

Im einzelnen betragen die Höchstgebote für leichte Grossviehhäute bis zu 29 Pfund mit Kopf: Kuhhäute,

unbeschädigt 52 (52), beschädigt 52 (52), Ochsenhäute, beschädigt und unbeschädigt 70% (69), Bullenhäute, beschädigt 68% (66%), unbeschädigt 71% (71%), Färsenhäute, beschädigt 71% (68), unbeschädigt 72% (72) Pf. je Pfund. Berliner Schlachthof für Kalbfelle bis 9 Pfund mit Kopf 99%—100% (95), rote 104½ (97), ohne Kopf 112 (105), von 9,1—15 Pfund mit Kopf 98½ (86—87), rote 91 (87), ohne Kopf 92½ (90), rote 92% (90), von 15,1—20 Pfund mit Kopf 84 (81—87%), rote 85½ (81%), ohne Kopf, auch rote 87 (87%), über 20 Pfund mit Kopf 75%—76% (73%—74%); Berliner Provinzkalbfelle bis 9 Pfund mit Kopf 95%—101% (92%—94%), rote 101 (94%), ohne Kopf 113½ (107%), von 9,1—15 Pfund mit Kopf 86%—90% (87—88), rote 93½ (88), ohne Kopf 90½ (89%); von 15,1—20 Pfund 83 (80%); Breslauer Schlacht-Kalbfelle bis 9 Pfund mit Kopf 106—107% (99), rote 110 (105), von 9,1 bis 15 Pfund mit Kopf 99 (96), rote 105% (103), über 15 Pfund mit Kopf 79 (76). Schlesische Provinz-Kalbfelle bis 9 Pfund mit Kopf 105—107% (95—97), rote 108—109 (102—104), ohne Kopf 115½ (115), rote 120 (119), von 9,1—15 Pfund mit Kopf 96—97% (91½ bis 93½), rote 101—102% (96—99), ohne Kopf 104% (102), rote 112% (107) Pf. je Pfund. — Alles für unbeschädigte Tiere.

### Danziger Börse.

Danzig. 8. Januar. Warschau 57,57—57,72, Zloty 57,60—57,75, London 25,01—25,01%, Berlin 122,467 bis 122,773.

Im Privathandel werden gezahlt für 100 Gulden 173,40, New York 5,1375, Dollar gegen Zloty 8,88.

### Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 9. Januar. Vormittags und an der Vorbörse wurden einige ungünstige Momente, wie die Abnahme des Ruhrkohlenabsatzes im Dezember, die Arbeiten bei der Farbenindustrie, kleine Schwierigkeiten im Haag und das unregelmäßige New York, glatt übergangen, und die Stimmung war durchaus zuversichtlich. Zu den ersten Kursen neigte die Spekulation dann aber doch eher vorhanden, und man mass den Zahlungsschwierigkeiten der Banken, die eine Londoner Diskontsenkung am heutigen Tage für unwahrscheinlich hielten, lag das Anfangsniveau zwar behauptet, enttäuschte aber dennoch etwas. Einige Spezialpapiere, wie Polyphon, Lahmeyer, Svenska und deutsche Kabel lagen bis zu 2½ Prozent gebessert, darüber hinaus gewannen Holzmann, auf eine Zufallsorder von 12 Mille, 3 Prozent und Stoehr auf Deckungskäufe 5 Prozent. Auch der Schiffahrtsmarkt tendierte freundlich. Farben und Montane wurden dagegen zunächst etwas vernachlässigt. Im Zusammenhang mit der Schwäche der spanischen Vata blüste Chade 7 Mark ein. Im Verlaufe schien es weiter abrücken zu wollen, das Geschäft stagnierte. Auf die Veröffentlichung des Reichsbankausweises für die erste Woche des neuen Jahres, der eine Entlastung von über 653 Millionen brachte, reagierte die Börse durch eine kräftige Aufwärtsbewegung. Im einzelnen betragen die Abnahmen für Reichsschatzwechsel 216 Mill., Wechsel 237 Mill., Lombard 199 Mill., Noten 473 Mill., Girogelder 170 Mill., und die Deckung besserte sich auf 49,6 bzw. 54,9 Prozent. Bei verhältnismäßig leichten Geschäften zogen die Kurse um ca. 2—3 Prozent an. Bei einer Reihe von Spezialpapieren betragen die Besserungen 3—5 Prozent. Elektrowerte und Spritwerke lagen in Führung. Als um 1 Uhr der unveränderte Londoner Diskontsatz bekannt wurde, liess das Geschäft natürlich etwas nach, doch vermochte auch diese Nachricht die freundliche Grundstimmung nicht zu erschüttern. Anleihen freundlich, Ausländer überwiegend freundlich, Türken fest. Pfandbriefe ruhig und gut behauptet, Anteilscheine besser. Devisen unsicher, Spanien flach. Geldmarkt unverändert.

### Anleihenkurse. Terminpapiere.

<tbl\_header

## Aus der Republik Polen.

### Um die Wahlen in Oberschlesien.

Warschau, 9. Januar. Wie aus Katowic gemeldet wird, ist das Gesetz über die Abänderung der Wahlordnung zum Schlesischen Sejm rechtsträchtig geworden, indem es der Zivilanzlei des Präsidenten zugegangen ist. Die neue Wahlordnung sieht die Wahl von 48 Abgeordneten, wie bisher, vor und teilt das Gebiet in folgende drei Wahlbezirke: 1. Teschen, Bielitz, Pleß und Rybnik mit 18 Abgeordneten, 2. Katowitz und eine Reihe von Gemeinden im Kreise Katowic mit 15 Abgeordneten, 3. Königshütte, sowie die Kreise Schwientochlowic, Tarnowitz und Lublin mit 15 Abgeordneten. Die wichtigste Änderung, die vom Warschauer Sejm beschlossen worden ist, betrifft die Stimmberechtigung. Nach der alten Wahlordnung hatten das Stimmrecht nur diejenigen polnischen Bürger, die in Oberschlesien vor dem 1. September 1922 wohnten. Die neue Wahlordnung zum Schlesischen Sejm sieht vor, daß diejenigen schlesischen Bürger, die am Tage der Anordnung der Wahlen durch den Staatspräsidenten ihrenständigen Wohnsitz in der schlesischen Wojewodschaft hatten, stimmberechtigt sind. Damit haben alle diejenigen Bürger, die aus Deutschland oder anderen Teile Polens nach dem 1. September 1922 nach Oberschlesien kamen, das Stimmrecht erlangt. Die Angelegenheit der Wahlen zum Schlesischen Sejm ist heute die größte Sensation in der politischen Welt Oberschlesiens.

### Die Rechtskommission.

Warschau, 9. Januar. Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung des Sejm befindet sich u. a. ein Bericht der Rechtskommission über Anträge, die die Herausgabe des „Dziennik Ustaw“ betreffen. Dieser Bericht bezieht sich auf Anträge der P. P. S. und der Nationalpartei, die eine Novellierung des präsidentellen Detrets vom 23. Dezember 1925 über die Herausgabe des „Dziennik Ustaw“ verlangen und dahin streben, daß Sejm beschließe, durch die Decrete des Staatspräsidenten aufgehoben werden, wirklich im „Dziennik Ustaw“ erscheinen, um dadurch Rechtskraft zu erlangen.

### Statt Vernunft — Wahnsinn.

#### Lethargie der Nationaldemokraten.

Posen, 9. Januar. In einem Leitartikel „Wir werden nicht schlafen“, lesen wir im „Kurier Pozn.“: „Niemand in Polen ist dagegen, daß Frankreich mit Deutschland verhandelt. Wir sind uns klar über die politischen Beweggründe Frankreichs, und wir wissen, daß Frankreich durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland wirtschaftliches Kapital daraus schlagen will, um zugleich Deutschland politisch in verschiedene Verträge einzuspannen und seine Vergeltungsbestrebungen zu lähmen. Aber nicht darum geht es, wie eine gewisse Politik gemacht wird, sondern welche Resultate sie zeitigt. Wir fragen also, ob seit der Locarno-Zeit die negativen Bestrebungen Deutschlands Polen gegenübersteiner geworden sind? Hat unsere Sicherheit zugemessen? Sehen wir nicht, wie ganz unproportionell die Hebung der deutschen und der polnischen Aktien an der politischen Börse vor sich geht? Trägt nicht die gegenwärtige französische Politik dazu bei, Polen durch Deutschland zu distanzieren? Der Minister Jalecki wird uns von einer Zunahme der Autorität Polens nicht überzeugen. Es ist nicht nur selbst zufrieden, sondern er verzerrt, daß auch das ganze Land zufrieden sei,

und wirft der polnischen Presse „Nervosität“ in der Behandlung internationaler Probleme vor. Der Außenminister gibt uns den Rat, „nicht nervös zu werden“. Wir sind nicht nervös, aber wir wollen auch nicht ohne Pause schlafen. Zu großen Werte sind im Spiel, als daß sie uns eine Lethargie gestatten.“

### Der Journalistenkursus in Thorn.

#### Auch polnische Journalisten aus Deutschland nehmen daran teil.

Posen, 9. Januar. Dem „Kurier Pozn.“ wird über den akademischen Lehrgang für Journalisten und Publizisten über Pommerellen, der vorgestern mit einem Vortrage des Industrie- und Handelsministers Kwiatkowski eröffnet wurde, folgendes aus Thorn gemeldet: Zu dem Lehrgang erschienen etwa 90 Teilnehmer aus ganz Polen. Davon bildeten etwa 80 Prozent Vertreter der nationalen Presse. Besonders stark vertreten ist das westliche Teilstück Polens, obwohl auch Redakteure aus Krakau und sogar aus Wilna nicht fehlen. Ferner sind polnische Journalisten aus Berlin und Paris eingetroffen. Auffallend ist die schwache Vertretung der „Sanierungspresso“, die kaum 6 Vertreter schickt. Einen noch größeren Manual an Interesse für Pommerellen hat die sozialistische Presse gezeigt, denn es ist weder ein Vertreter des Warschauer „Robotnik“, noch des Krakauer „Napred“ erschienen. Der Lehrgang, der vom Baltischen Institut mustergültig veranstaltet wird, ist auf vier Tage berechnet. Schon der erste Tag der Vorlesung, die im historischen Saale des hiesigen Rathauses stattfinden, hat ein großes Interesse für das pommersche Problem gezeigt.

### Das Schweinedrama.

Warschau, 9. Januar. In politischen Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß der Außenminister Jalecki während seines Aufenthalts in Genf mit dem Reichsaussenminister Curtius Unterredungen führen wird, deren Aufgabe es sein soll, die Formel zu finden, die die verblichenen Schwierigkeiten beim Abschluß des Handelsvertrages namentlich in bezug auf das polnische Schweinekontingent lösen könnten. In Kreisen, die der Regierung nahe stehen, soll man davon überzeugt sein, daß der Minister in Genf eine Verständigung erzielen und daß Herr Jalecki nach seiner Rückkehr nach Warschau bald den Handelsvertrag mit Deutschland unterzeichnen werde.

### Ein neues Zollgesetz.

Warschau, 9. Januar. Im Finanzministerium wird gegenwärtig an einem neuen Zollgesetz gearbeitet, das den Bedürfnissen und der wirtschaftlichen Lage Polens mehr entsprechen soll.

### Eine Wechseltlage.

Warschau, 9. Januar. Gestern hat das Bezirksgericht das Urteil gefällt in der Angelegenheit des Abg. Kosiba vom Regierungsbild gegen den Abg. Wrona von der Bauernpartei. Der Abg. Kosiba hatte als Kandidat der Bauernpartei 1200 Zloty für Agitationen zu erhalten und dafür eine Sicherung in Form von Garantiewchseln in Blanco gegeben. Nach einiger Zeit trat Kosiba dem Regierungsbild bei, worauf die Bauernpartei die Wechsel ausfüllte und ihnen durch Protest den normalen Lauf gab. Der Abg. Kosiba ging gerichtlich gegen den Abg. Wrona vor, verlor aber in erster Instanz. Gestern hat nun das Bezirksgericht das Urteil der ersten Instanz aufgehoben. Dem Abg. Kosiba sind binnen drei

Tagen die Wechsel zurückzugeben, widrigfalls der Abg. Wrona zu einer Geldbuße von 1200 Zloty verurteilt wird.

### Mandatsverteilung.

Warschau, 9. Januar. Der „Monitor Polski“ veröffentlicht einen Beschuß der Hauptwahlkommission über eine Mandatsverteilung aus dem Bezirk Bodzin an den Kommunisten Wacław Rózek an Stelle des Kommunisten Ciechocki und an den Abg. Ciechocki an Stelle des Abg. Róza von der Staatsliste der Bauernpartei.

### Wahl eines neuen Vizemarschalls.

Warschau, 9. Januar. In der moraalen Sitzung des Sejm soll die Wahl eines Vizemarschalls an Stelle des Abg. Marek von der P. P. S., der wegen schwerer Krankheit von seinem Posten zurückgetreten ist, vorgenommen werden. Die P. P. S. stellt den Abg. Zulawski als Kandidaten auf. Falls der Regierungsblok, der im Präsidium des Sejm nicht vertreten ist, seinen Kandidaten aufstellen sollte, dann will die P. P. S. den Antrag stellen, daß die Zahl der Vizemarschälle erhöht wird.

### Weißrussische Autonomieforderung.

Posen, 9. Januar. Nach einer Warschauer Meldung des „Kurier Pozn.“ soll die weißrussische Gesellschaft „Proswita“ an den Ministerpräsidenten Bartel, den Kriegsminister Psiudski, den Innenminister Józef Piłsudski und den Sejmarschall Daszyński eine Denkschrift einreichen, in der eine Autonomie der sog. weißrussischen Länder verlangt werde.

### Polen und Mexiko.

Warschau, 9. Januar. Wie polnische Blätter melden, sollen demnächst und zwar schon Anfang Februar direkte diplomatische Beziehungen zwischen Polen und Mexiko angeknüpft werden. Der Posten des polnischen Gesandten in Mexiko wird der Botschafter Józef Piłsudski, der bei der Regierung der Vereinigten Staaten akkreditiert ist, neben seinem Botschafterposten übernehmen.

### Auf einen Brief ein Buch.

Warschau, 9. Januar. Eins der Warschauer Blätter bringt die Nachricht, daß als Antwort auf die offenen Briefe des Herrn Wladyslaw Grabiski ein Buch des Ministers Kwiatkowski erscheinen soll.

### Das Budget des Außenministers.

Warschau, 9. Januar. Das Budget des Außenministeriums wird von der Haushaltskommission des Sejm erst nach der Rückkehr des Ministers Jalecki aus Genf erörtert werden. Vertagt wurde ferner die Erörterung des Budgets des Innenministeriums.

### Das Flugzeugunglück bei Lublin.

Warschau, 9. Januar. Zu dem Flugzeugunglück bei Lublin erfährt die Agencia Wschodnia, daß er sich nicht um den leitenden Direktor der General Motors Witold J. Pawłowski handelt, sondern um den Leiter der Produktionsabteilung Jan Pawłowski.

Warschau, 9. Januar. (A. W.) Wie der „Express Poranna“ meldet, steht das Geheimnis und die Sicherheit des Telefonverkehrs in Polen unter einem Fragezeichen. Es ist nämlich ein sehr wichtiges telefonisches Staatsgespräch auf bisher unausgeläufige Weise zur Kenntnis unbefugter Personen gelangt. Die Regierungsbehörden haben beschlossen, eine Untersuchung zur Aufklärung dieser Indiskretion einzuleiten und nachzuprüfen zu lassen, wie es überhaupt mit der Garantie des Geheimnisses telefonischer Gespräche steht. Die Untersuchung soll das eventuelle Bestehe einer Laufstation feststellen und die Möglichkeiten für telefonisches Ablaufen durch Privatorganisationen untersuchen. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit führt der Appellationsrichter für besondere Angelegenheiten Jerzy Łukemburg.

### Aus der Hohen Tatra.

Die fünf besten Hockemannschaften Mitteleuropas an der internationalen Winterportwoche in Tatra-Altschmeids. An der internationalen Wintersportwoche in Tatra-Altschmeids, die vom 11. bis 19. Januar stattfindet, werden an den ersten zwei Tagen (11. und 12. Januar) internationale Hocke-Wettkämpfe um die Meisterschaft der Slowakei ausgetragen. An diesen Wettkämpfen werden, wie uns aus Tatra-Altschmeids gemeldet wird, u. a. die mit den bekannten Schweden Johansson und Danneberg verstärkte internationale Mannschaft des Berliner Schlittschuhclubs, der Wiener Eislaufverein, der Budapesti Kortsolnoki Egylet, der Troppeauer Eislaufverein und der Verteidiger des Meisterschaftstitels: Lawn-Tennis-Club, Prag, somit die fünf stärksten mittteleuropäischen Hockemannschaften teilnehmen. Die Hocke-Wettkämpfe in Altschmeids verdienen also besonderes Interesse und versprechen außerordentlich guten Sport. Die Witterungs- und Schneeverhältnisse versprechen sehr gut zu werden, seit Donnerstag in dauernder, dichter Schneefall in der Hohen Tatra, und die Temperatur ist 4 bis 6 Grad unter Null, so daß der Winter mit der ganzen Pracht, die er in die Hohe Tatra zaubert, eingesetzt hat.

### Vor der Liquidierung der Tuka-Affäre?

Nach den bisherigen in Preßburg gespülten Erhebungen scheint es, wie „Nar. Listy“ vom 5. Jan. melden, daß der wegen Hochverrats verurteilte ehemalige Abgeordnete der Slowakischen Volkspartei Dr. Tuka nicht tschechoslowakischer Staatsbürger ist. Wenn sich dies bestätigt, fährt das Blatt fort, so ist es möglich, daß Dr. Tuka gegen einen tschechoslowakischen Staatsangehörigen ausgetauscht wird, der in Ungarn wegen ähnlicher Delikte verurteilt wurde. In erster Linie läuft der Eisenbahnbamte Pechá in Frage, der in Ungarn zu 5 Jahren Kerker verurteilt worden war. Es ist gar nicht so unmöglich, daß auf diese oder ähnliche Art die Tuka-Affäre zur allgemeinen Zuständigkeit liquidiert werden wird.



Frankreichs Schönheitskönigin 1930.

Als erste Schönheitskönigin in diesem Jahre wurde Hélène Labrouse von einer aus Bildhauern, Malern, Kinos- und Zeitungsfachleuten gebildeten Jury der „Miss France“ gewählt. Sie wird Frankreich bei dem im nächsten Sommer in Brasilien stattfindenden Schönheits-Wettbewerb vertreten.

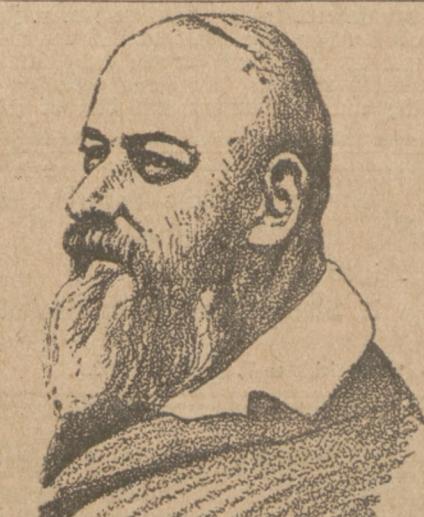
### Kommunistenrummel in Berlin.

Berlin, 8. Januar.

Der Polizeipräsident teilt mit:

Bei der Übersführung der Leichen der Kommunisten Neumann und Kobitsch-Meyer zum Zentralfriedhof in Friedrichsfelde kam es heute nachmittag gegen 2 Uhr zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen den begleitenden Polizeibeamten und Zugteilnehmern. Als die Polizei auf dem Laufstieg ein Transparent, das die Aufschrift trug: „Rache für unser ermordeten Genossen!“, beschlagnahmte, wurde ein Polizeihauptmann plötzlich von mehreren Demonstranten festgehalten und am Kopf blutig geschlagen; ebenso wurde ein Polizeioberwachtmeister am Kopf verletzt, nachdem ihm die Pistole entrißt worden war. Die Pistole konnte einem der Zugteilnehmer wieder abgenommen werden. Bei diesem Handgemenge wurden von zwei Beamten nachdem aus der Menge heraus vier Schüsse gefallen waren, fünf Schußlöcher abgegeben, durch die jedoch niemand verletzt wurde. Sieben Demonstranten wurden an dieser Stelle festgenommen.

Kurz nach 2 Uhr wurden beim Abmarsch vom Käfigtiner Platz 33 uniformierte Rotfront-Leute wegen Angriffe auf Polizeibeamte festgenommen. Dabei wurden die Beamten aus dem Hause Rüdersdorfer Straße 48 mit Steinen und Preßköpfen beworfen, wobei auch hier von den Beamten zwei Schußlöcher abgegeben wurden. Auch mußten die Beamten in der Rüdersdorfer und Posener Straße vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Insgesamt sind 52 Personen zwangsgestellt und der Abteilung Ia zugeführt worden. Verlegerungen von Zivilpersonen sind bisher nicht bekannt geworden.



Der Wunderdocto von Gallspach.

Aus Oberösterreich kommt die Kunde von einem Wunderdocto, der seine Patienten mit den von der medizinischen Wissenschaft noch lange nicht erforschten Heilkräften des elektrischen Stromes und Radiums angeblich mit außerordentlichem Erfolg behandelt. Tausende und Tausende von Kranken pilgern zu dem Wunderdocto von Gallspach, dem 60jährigen Valentini Zeileis, um durch ihn geheilt zu werden. Zeileis behandelt seine Patienten zuerst mit elektrischem Strom, den er blitzzartig in den Körper der Kranken leitet, dann mit Radium und Helium. 30 Bestrahlungen sollen selbst in schwierigen Fällen genügen. Der Anzug in Gallspach ist bereits so groß, daß zur Unterbringung der Kranken zahlreiche Hotels gebaut werden müssen. — Der Wunderdocto Valentin Zeileis.

### Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jusch. Für Handel und Wirtschaft: Guido Saebe. Für die Zeit: Aus Stadt und Gerichtsland: Rudolf Herbrechtsmeier. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild“ Alexander Jusch. Für den Anzeigen- und Verlagsteil: Margarete Wagner, Kom. So. o. o. Verlag: „Die Zeit im Bild“ Druckaria Concordia Sp. Ak. Sämtlich in Boizenburg produziert.

Der heutigen Nummer liegt die illustrierte Beilage Nr. 1 „Die Zeit im Bild“ bei.

## Die letzten Telegramme.

### Ruhestörung aus Wissbegierde.

New York, 9. Januar. (R.) Im Museum für naturwissenschaftliche Forschung war für gestern abend eine Vorlesung über die Einsteintheorie abgesetzt. Mehr als 4000 Personen versuchten, Zutritt zu der Vorlesung zu finden. Da der Türhüter nicht alle zulassen konnte, stürmte die Menge den Hörsaal. Viele Personen wurden niedergetrampelt und das eiserne Tor eingedrückt. Die Polizei mußte alarmiert werden und die Ordnung wiederherstellen. Polizeibeamte bezeichneten den Vorfall als die erste Ruhestörung in New York aus reiner Wissbegierde.

### Strafe für Bessedowski.

Moskau, 9. Januar. (R.) Der frühere russische Botenstaatsrat in Paris, Bessedowski, wurde von dem Obersten russischen Gericht in Moskau zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Bessedowski wird beschuldigt, Staatsgelder veruntreut zu haben. Bessedowski, der in seiner Abwesenheit verurteilt wurde, ist bereits auf Grund eines russischen Gesetzes zum Tode verurteilt worden. Nach diesem Gesetz verfällt jeder russische Beamte der Todesstrafe, der sich im Ausland befindet und es ablehnt, nach Russland zurückzukehren. Bessedowski wurde vor einigen Monaten seines Postens in Paris entbunden, weil er sich geweigert hatte, nach Russland zu kommen, um sich vor der russischen Regierung wegen seiner politischen Haltung zu verantworten. Nach dem gestrigen Urteilsspruch kündete das Moskauer Gericht ein zweites Verfahren an, in dem gegen Bessedowski wegen politischer Vergehen verhandelt werden soll.

### Indien.

Lahore, 9. Januar. (R.) Die Unabhängigkeitspropaganda auf dem letzten indischen Nationalkongress wird von einem indischen Politiker als der größte Triumph der Jugend und Indiens bezeichnet. Es sei nunmehr Aufgabe der indischen Jugend, die Forderung nach der Unabhängigkeit Indiens von England in

ganz Indien zu verbreiten. Weiter erklärt dieser Politiker, daß die englische Gliedstaatsverfassung gut sei für Kanada und Australien, nicht aber für Indien. Das Land Indien habe mit Kanada und Australien nichts gemein. Inder und Engländer seien kulturell und soziologisch direkte Gegensätze. In einem indischen Ort haben sich die Einwohner bereits geweigert, Steuern zu bezahlen entsprechend dem Besluß auf dem allindischen Nationalkongress, Steuervermeidung gegenüber den englischen Behörden durchzuführen.

### Blättern.

London, 9. Januar. (R.) In London wählt die Zahl der Blättererkrankungen noch immer. Zur Zeit sind nach einer amtlichen Feststellung 440 Personen an Blättern erkrankt.

### Arbeitslosigkeit in Österreich.

Wien, 9. Januar. (R.) In Österreich hat die Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit stark zugenommen. In der zweiten Dezemberhälfte stieg die Zahl der Arbeitslosen um rund 33 000 auf 226 000.

### Eisenbahnkonferenz in Riga.

Riga, 9. Januar. (R.) Eine internationale Eisenbahnkonferenz wurde gestern in Riga eröffnet. An dieser Konferenz beteiligen sich Vertreter aus Deutschland, Lettland, Estland und Litauen. Die Aufgabe dieser Tagung ist es, die Fahrpläne im Personenverkehr zwischen den genannten Staaten in Übereinstimmung der Fahrpläne im Güterverkehr zu erzielen.

### Der Stier im Rathaus.

Madrid, 9. Januar. (R.) In einem südspanischen Dorf ereignete sich bei einem Stiergeschäft ein eigenartiger Unfall. Während des Stiergeschäftes, das auf dem Marktplatz abgehalten wurde, durchbrach ein Kampfstier die Bretterwand des Platzes und drang in den Sitzungssaal des Rathauses ein. Dort verlor einen Schuhmann schwer und zwei weitere Beamte leicht. Schließlich gelang es nach großer Aufruhr, das Tier durch einen Dolchstoß in das Genick zu töten.

